

der Objektivität der Beweisführung analog auch nicht als Sachverständiger ausgewählt und eingesetzt werden darf. Soweit bei entsprechender Anwendung dieser Bestimmung der Geschädigte nicht Sachverständiger sein darf gilt es jedoch zu beachten, daß von Kombinat, Betrieben, Einrichtungen usw., die durch die Auswirkungen der Straftat geschädigt sind, selbstverständlich Mitarbeiter als Sachverständige benannt und zur Auswahl vorgeschlagen werden können. Das folgt aus der Zwecksetzung des § 157 Ziffer 1 StPO, wonach nur durch die Straftat unmittelbar betroffene Personen von der Tätigkeit als Sachverständige auszuschließen sind.

Zu b) Zum Erfordernis der Sachkunde bei der Auswahl

Ein weiteres im engen Zusammenhang mit dem zuvor genannten Auswahlkriterium stehendes Kriterium ist die Sachkunde, über die der Sachverständige verfügen muß. Bei der Auswahl von Sachverständigen müssen der Untersuchungsführer und der verantwortliche Leiter davon ausgehen, ob der Sachverständige aus seinem spezifischen Wissensgebiet in Abhängigkeit vom Gegenstand der Beweisführung die Erfahrungssätze vermitteln bzw. mit Hilfe seiner Sachkunde Tatsachenmaterialien untersuchen sowie Schlussfolgerungen für die objektive Beurteilung von Personen und Handlungen erarbeiten helfen kann. Sie haben daher zu berücksichtigen, daß es in Anbetracht der Vielfalt und Komplexität gesellschaftlicher Prozesse und Erscheinungen immer nur eine spezielle, auf ein bestimmtes Wissensgebiet bezogene Sachkunde gibt. Deshalb ist es für die Auswahl von Sachverständigen unter dem Gesichtspunkt notwendiger Sachkunde entscheidend, das der Bearbeitung des Ermittlungsverfahrens zugrunde liegende Tatsachenmaterial bezogen auf den konkreten gesellschaftlichen Lebensbereich zu analysieren, um die Wissensgebiete zu erkennen, aus denen es Sachfragen zu beantworten gilt.